

Wahlen für den Landtag in Pest nicht zu betheiligen, die allenthalben in Siebenbürgen zu Tage treten, sind eben so viele Proteste gegen jene, den Prinzipien des modernen Staatsrechtes entgegengegesetzte Theorie, kraft welcher der Pesther Landtag glaube, daß einige historische Beschlüsse einer feudalen Adressen eine genügenden Rechtsmittel gewähren können, um in der glatten Form der Gesetzlichkeit fruchtbarere Strebungen einer nationalen Suprematie zu verwirklichen.

Diese Manifestationen des romanischen Volkes in Siebenbürgen sind eben so viele Billigungen jenes Resolutionsantrages der National-Deputirten, welchen der Landtag vorwarf, und dessen Grundidee darin kulminirte, daß, wenn auch eine engere Verbindung zwischen Schweserländern ein wahrhaftes Postulat der wohlverstandenen beiderseitigen Interessen ist, so könne doch eine wahrhafte Garantie aller Interessen nicht in den einseitigen Beschlüssen eines einzigen Faktors liegen, sondern in der notwendigen Mitwirkung aus dem andern, bisher ausgeschlossenen Faktors, nämlich des romanischen Volkes, das will sagen: die Frage der Union kann nicht gehörig und definitiv nur durch den Landtag in Pest gelöst werden, sondern nur durch die Mitwirkung eines siebenbürgischen Landtages, in welchem die Nation dahin trachten muß, auf demokratischer Basis und angemessen ihrem wahren Werthe repräsentirt zu sein. (Soll wohl deutlicher heißen: die Majorität haben muß. Anm. der Red.)

Herr Dr. Mocioni meint, daß die Berechtigung dieser politischen Präsentation der romanischen Nation nicht ernsthaft bekämpft werden könne. Der Vorschlag des Pesther Landtages gegenüber den Romanen Siebenbürgens müßte bis zur Erwidmung die praktische Wichtigkeit dieses Postulates darthun.

Der Landtag habe durch Einführung der härtesten Regierungsform, nämlich durch die diskretionäre Macht eines dem romanischen Volke nicht verantwortlichen Ministeriums, der romanischen Nation vollständig die Augen über den wahren Werth der bereits vollzogenen Union geöffnet.

Für Siebenbürgen sei, mit Nichtbeachtung des ausdrücklichen Postulates der Legalität, auf welchem der Landtag fußt, das provisorische Wahlgesetz mit seiner feudalen Basis aufrecht erhalten worden. In Folge dieses Wahlgesetzes befand sich die Repräsentation der romanischen Nation in einer verhängnisvollen Minorität, während die nicht romanischen Minoritäten in einer imposanten Majorität repräsentirt sind.

Es sei daher gar nicht zu wundern, wenn heute ein tiefes Mißtrauen die ganze romanische Nation erfasse.

Man könne den hieraus entstandenen Konflikt bebauern; man könne ernstlich bezüglich der Folgen in Besorgniß sein, wenn erogen wird, daß die legale Passivität, welche Herr Dr. Mocioni als notwendig erachtet, immer eines der gefährlichsten Symptome im Staatsleben ist; es werde aber Niemand bezweifel mit einem Gedanken von Recht gegen die romanische Nation Anklage erheben können, denn sie erfülle bloß eine ethische Pflicht, erfülle sie im Namen des ewigen Rechtes, im Namen der Freiheit.

Unter solchen Umständen sei es begreiflich, daß in den verschiedenen politischen Lagern der magyarischen Nation sich Stimmen erheben, um dem romanischen Volke jenen äußersten Schritt zu widerrathen.

Wenn Herr D. Tranyi im „M. U.“ erklärt, daß die Klagen und Beeinträchtigungen der Romanen jenseits des Kiralshäpa ihm nicht bekannt sind, und die Möglichkeit in Aussicht stellt, daß vielleicht der nächste Landtag ihren berechtigten Forderungen entsprechen wird; wenn Franz Deak in einem Privat Schreiben, welches Graf Bethlen veröffentlicht, sich unter Anderem so ausdrückt: Was noch zu geschehen hat, das habe auf brüderlichem Wege — sine ira et odio — im Einverständnisse mit unseren Brüdern zu geschehen; und wenn auch „Gajant“, das Organ des linken Zentrums seine Stimme im ähnlichen Sinne erhebt: so werde die romanische Nation, im verständigsten Geiste, mit Interesse von diesen Manifestationen Kenntnis nehmen.

Von der andern Seite ist jedoch Herr Dr. Mocioni überzeugt, daß die Herrn Tranyi, Deak und jene des „Gajant“ zugehören werden, daß das durch so viele schwer wiegende Thaten gesunkene Vertrauen nur mit gleichwertigen Thaten wieder hergestellt werden kann.

Das schließe natürlich nicht die Möglichkeit aus, daß einige Vereinzelte von dem allgemeinen Strom sich los trennen werden: doch dieses wird den allgemeinen Geist der romanischen Nation nicht ändern, und Herr Dr. Mocioni wünscht nur, daß Niemand sich der Gefahren der Selbsttäuschung anheibe.

Was aber die Infimierung des Grafen N. Bethlen anbelangt, als wäre für diese Manifestation in Siebenbürgen „mot d'ordre“ aus Vorkauf gekommen, und als ob dieselben gegen die Integrität der Staatskrone gerichtet wären, so sei jene Beschuldigung mehr geeignet, Mißtrauen zu nähern, als zum gewünschten Verständnisse zu führen.

Kronstadt (Zur Wahlbewegung im Burzenlande.) Emil v. Trausensfels präcisiert in einem an seine Wähler gerichteten Redenschaftsbeleg, der sich, was sein politisches Glaubensbekenntnis anbelangt, dem großen Pfadfinder treu und bereitwillig angeschlossen, seinen Standpunkt in ausführlicherer Auseinandersetzung. Es heißt in dem Schreiben:

Mein Standpunkt, geehrte Mitbürger, oder, wenn Sie wollen, meine Meinung ist das Ergebnis des Verständnisses dieser Zeit, und der treuen Liebe für Heimat und Vaterland. — d. h. ich bin mit der Ehre bemüht, der Sohn sächsischer Eltern, also von deutschem Stamme zu sein. Ich unterwerde die unigen Bande der Anhänglichkeit an meine Heimat, das schöne Burzenland, nur den Pflichten für's Vaterland. Ich prüfe das Alles, was ich in diesem Sinne anstrebe, vorher, ob es auch mit dem Geiste der Zeit verträglich, oder und in welcher Weise es demselben annehmbar werden könne.

Die ehrwürdige Municipalverfassung, mit der unsere Vorfahren für ihre Verdienste und Vaterland von gerechten ungarischen Königen belohnt wurden, und die sie im Laufe früherer Jahrhunderte je nach der Art des Angriffes mit kluger Entschlossenheit, oder weiser Mäßigkeit, immer aber mit unermüdeter Ausdauer verteidigten, machte unsere Municipien frühe schon zum Muster wohlgeordneten Gemeinwesens. Es ist natürlich, daß wir mit Stolz und Liebe das Andenken an diese Verfassung, — an die tüchtigsten Vordereu bemahren.

Der Geist der Väter lebt hoffentlich noch in uns, ihren Söhnen — die Verfassung aber ist im Laufe der Zeit zur inhaltslosen Form zusammengedrumpft. Das Streben nach Reform ist ein allgemeines. Die Andeutung meiner Grundzüge auf diese Verfassung heißt: Suchen wir das Wesen starrer Selbstverwaltung aller wirklich municipalen Angelegenheiten zu retten! — wählen wir dafür eine Form, die dem Interesse des Vaterlandes am besten entspricht! — und berücksichtigen wir den Geist der Zeit, indem wir nur das anstreben, was mit diesem verträglich, indem wir auch denjenigen unserer Mitbürger, die durch die Ungunst vergangener Jahrhunderte vom Volksbürgerrecht ausgeschlossen waren, mit ganzer Bereitwilligkeit die Hand reichen zum ehrlichen Bund für die Zukunft.

Nach einem Rückblicke auf die Thätigkeit des abgelaufenen Reichsrathsperiode, auf das Uniongesetz fährt er fort: Geehrte Mitbürger deutscher Zunge! beurtheilen Sie es nicht als Rathlosigkeit, wenn ich so kalt abwäge, wo es sich um einen scheinbaren Stammesvorteil handelt. Ich bin der Ueberzeugung, daß unsere Eigenart dadurch nicht gefährdet ist. Außerdem hielt ich mich vor Augen, daß ich nicht ein Abgeordneter des sächsischen Volkes, sondern des polyglotten Burzenländer Wahlbezirks war. Und Sie sind gewiß nicht gewillt, mir es als Fehler anzurechnen, daß ich ein Herz habe für alle Bürger unseres schönen heimatlichen Thales, welcher Zunge und welchem Stamme sie auch angehören mögen.

Geehrte Mitbürger! Die Wahrheit ist: es sind Stammesvorrechte eingebüßt worden — dagegen haben wir aber an Sicherheit der Bürgerrechte gewonnen. Und ich halte das für einen Vortheil. Wir werden es nicht mehr notwendig haben gegen die Mitbürger des gleichen Vaterlandes Vorrechte zu verteidigen, da wir mit der Gesamtheit die gleichen Bürgerrechte theilen werden, dadurch aber auch in den Herzen dieser Gesamtheit neue Stützen für dieselben gewonnen haben.

Ich habe die beruhigende Ueberzeugung, daß der Hader politischen Parteikampfes in unserer Mitte bereits viel von seiner Schärfe verloren hat. — Die Einen hängen wohl noch mit größerer Beharrlichkeit an den alten Formen und überlieferten Einrichtungen, während die Anderen mit Vorliebe der Vorbereitung künftiger Gestalten dienen.

Es ist gut, daß beide Richtungen vorhanden sind, das Urtheil der Desfinitivität führt Beide auf das richtige Maß zurück. Schon kommt aber die Ueberzeugung zum Durchbruch, daß in einer Richtung, nämlich dem Streben nach Verbreitung technischer Kenntnisse und Fertigkeiten, materieller Entwicklung wir Alle übereinkommen müssen, daß in dieser Richtung das Feld unserer Zukunft liegt.

Die Beschlagnahme-Debatte in dem preussischen Herrenhause.

Berlin, 13 Februar.

In der heutigen Sitzung des Herrenhauses waren die beiden Gesetzentwürfe, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg und des ehemaligen Kurfürsten von Hessen, auf der Tagesordnung. Die Kommission empfahl die Annahme der Gesetze in der von dem Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung.

Graf zur Lippe hat folgenden Gegenantrag eingebracht: 1. Gesetz, betreffend die Ausschließung des Rechtsweges bei Verfolgung der Ansprüche des Königs Georg aus dem Vertrage vom 29. September 1867. Einziger Titel: „Die Verfolgung der Ansprüche der Krone Preußen und dem König Georg unter dem 29. September 1867 abgeschlossenen Vertrage im Rechtswege findet nicht statt.“ 2. Der Verordnungs, respektive dem vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetzentwurf die Zustimmung zu versagen.

Graf v. Ritterberg recapitulirt die bekannten historischen Vorgänge, welche der Fehlgang des Jahres 1866 und die Annexion Hannovers zur Folge gehabt, schildert das Verhalten des Königs Georg und folgert daraus die Entziehung der Gelder als etwas ganz Natürliches. Es liegt hier ein Staatsvertrag im eminentesten Sinne vor. Warum wurden die 16 Millionen gegeben? Zur allgemeinen Veruhigung, zur Herstellung eines guten Einvernehmens. Unangewisselt ist es, daß ein solcher Vertrag aufgehoben werden kann. Die Vorlage schlägt das Minimum — die Beschlagnahme — vor. Das Haus hat den von der Staatsregierung schon früher, bei Genehmigung des Vertrages gemachten Vorbehalt genehmigt. Die Agitationen dauern fort, noch immer werden junge Leute verführt. Ich empfehle die einstimmige Genehmigung der Vorlage.

Ministerpräsident Graf Bis marck: Ich behalte mir nähere Erörterungen vor, will hier nur zwei Punkte der Ausführung des Vordereu berühren, indem ich mit denselben nicht übereinstimme. Der erste betrifft die Beziehung, in welche Vordereu diese Vorlage mit dem Zeitig gebracht hat. Gegen diese Bestimmung muß ich mich auf das allerbestimmteste verwahren, und ich bedaure, daß der Vordereu darauf zurückgekommen ist. Der zweite Punkt betrifft die Verhältnisse der Agnaten, welche ich nicht ganz so ungünstig beurtheile, als der Vordereu. Ich hatte in der Kommission gesagt, daß die Agnaten Rechte, welche sie nicht schon vor der Schließung des Vertrages besaßen hätten, aus dem Vertrage nur insoweit hätten erwerben können, als Dritte überhaupt daraus erwerben können. Ich will dies dahin vervollständigen, daß das jetzt schwebende Verfahren die Agnatenrechte, welche im Vertrage erwähnt sind, in keiner Weise berührt; es findet dieses Verfahren nicht einmal auf die Rechte Anwendung, welche dem König Georg selbst an Kapital eingeräumt sind. Die königliche Regierung würde keine Verwendung ohne Zustimmung des Landtages treffen können. Die gegenwärtige Maßregel berührt nur die Verwendung der Agnaten.

Graf Müntzer: Er sei das negierende Mitglied der Kommission. Die Frage, ob ein Staatsvertrag vorliege, komme nicht in Betracht, doch meine er, daß durch den Vertrag das ausgelegte Vermögen Privat-Eigentum geworden sei. Sei dies richtig, so könne er keine Bestimmung weder im preussischen Landrecht, noch im gemeinen Rechte, welche das Privatvermögen des Fürsten anders behandle, als das eines jeden Privatmannes. Er sei der Staatsregierung dankbar, daß sie das Treiben nicht erlaube; handelte es sich um die Unterschrift eines kommandirenden Generals, so hätte er nichts dagegen; hier aber handle es sich um die Unterschrift des preussischen Justizministeriums, und dagegen müsse er stimmen.

Ministerpräsident Graf Bis marck: Ich begreife die Gefühle des Vordereu vollkommen und achte dieselben, aber ich kann mir behalben seine Rechtsdeduktionen nicht aneignen. Der Vertrag ist seiner ganzen Folge nach ein Staatsvertrag. Ich bin nicht gewohnt, meine Unterschrift unter Privatverträge. Er. Majestät des Königs zu setzen. Auch seiner ganzen Entscheidungswiese nach konnte dieser Vertrag nur ein Staatsvertrag sein. Wir waren Er. Majestät dem König Georg nicht schuldig, und die Frage, welches Privat-Eigentum einem kriegführenden Monarchen nach dem Kriege verbleibt, entscheidet erst der Friedensschluß. Es wurde ein Waffenstillstand geschlossen, und dieser ist vom König Georg gebrochen worden. Wir sind verfahren in einer Weise, die in der Geschichte unüblich ist. Ich habe nicht gehört, daß die verstorbenen Zweige des Hauses Bourbon von Frankreich mit einer Dotation versehen worden wären, mit der Absicht, sie ihnen zu belassen, wenn sie Regionen in das eigene Land zu führen beabsichtigten; ebensowenig wird die spanische Regierung der Königin Isabella Mittel liefern wollen. Ich führe dies nur an, um Ihnen die Verachtung zu kennzeichnen, mit welcher wir die sittliche Enttötung anzunehmen haben, welche sich von feindlicher Seite kundgibt. Wenn man das Verhalten Preußens zu Hannover schildern hört, so sollte man glauben, Preußen wäre über Hannover hergefallen, wie ein Wolf über Lämmer herfällt. Die hannoversche Regierung hat im Jahre 1866 früher gerüht als Preußen; sie war die erste, welche rühte, und auf unsere Anfrage wurde und die mehr scharfsinnige als politische Antwort: Wegen der vorläufiglich schlechten Ernte beabsichtige man, das übliche Herbstmännchen schon im Frühjahr abzuhalten. (Gekräftigt.) Wir haben dem König Georg die volle Unabhängigkeit verbürgen wollen, nur unter der Bedingung, daß er neutral bleibe. Sie können daraus entnehmen, wie wenig wir das blinde Vertrauen unserer Gegner in den Sieg hatten; wären wir besieg worden, so glaube ich nicht, daß Schlessen das einzige Opfer gewesen wäre; ich glaube, daß die vollständige Herstellung des Westensreiches den damaligen ssterreichischen Berechnungen nicht so ganz fremd war. Reineswegs machten wir damals in Hannover den Einbruch hegemonischer Eroberer; man rechnete auf die Uebermacht, welche der bundesthümliche Beschluß herstellen sollte, und mit dem verführerischen Preußen konnte man es für möglich halten, die Beschlüsse des Fürstentages in das Leben zu führen. Sie werden mir darin einiges Urtheil zutrauen, denn es gibt keinen Mann in Preußen, der länger mit Politik beschäftigt gewesen ist als ich. Wenn wir, einer solchen Gefahr der Vernichtung entronnen, nun als Sieger das Recht in Händen hatten, die Verhältnisse zu reguliren, so kann man es keine gewaltige Eroberung nennen, wenn wir die Frage unserer Sicherheit in den Vordergrund stellen. Wir

mußten aus Pflicht der Selbsterhaltung die Wiederkehr ähnlicher Konflikte verhindern. Ich habe dem König Georg früher sehr oft gesagt, daß Hannover nur eine Politik habe, sich in allen Dingen an Preußen anzuschließen. Es war diese Politik so einfach und natürlich, daß nur eine leidenschaftliche Verblendung, Herrschucht und persönlicher Haß die hannoverschen Staatsmänner auf diesen Weg führen konnten.

Wir glauben nun, daß der König Georg als Herzog von Cumberland in das Privatleben zurücktreten sollte, und wollten ihn so bitten, daß er diese Stellung annehmen konnte. Es ist jetzt ungefähr Jahresfrist, daß die Staatsregierung sowohl den anderen als auch diesem Hause gegenüber ihren vollen Einfluß aufwendete, um dem König Georg diese Mittel zu verschaffen. Die Zweifel, welche im Herrenhause an der Zeitgemäßheit einer solchen Abfindung geltend gemacht wurden, entstanden mit der Silbernen Hochzeitfeier. Diese Zweifel waren auch der Regierung lebendig. Wenn wir dennoch die Vollendung der gesetzlichen Grundlage nicht aufschoben, so geschah dies, um uns nicht den Vorwurf zu ziehen, daß wir eine unwürdige Comödie gespielt hätten. Wir wollten unseren guten Willen zeigen, aber auch eine gesetzlich gesicherte Basis für künftige Fälle verschaffen. Wenn der König Georg das Vertrauen täuschte, so waren wir überzeugt, daß der Landtag uns die Mittel bieten werde, um den Schaden, welchen die Täuschung dem Lande zufügen konnte, von demselben abzuwehren. Daß Sie dieses thun werden, und zwar mit großer Majorität, darüber bin ich nicht zweifelhaft, ich habe aber für nöthig gehalten, die Stellung der Regierung mit einigen Worten klar zu bezeichnen. (Beifall links.)

Herr v. Senffter-Pilsch erinnert zunächst an das Haus Wisa, in Betreff dessen es einem Menschen eingefallen wäre, für ein anhängiges Unterkommen zu sorgen, geht dann auf die hannoversche Politik über und führt aus, daß Preußen mit Oesterreich verbunden deutsches Volk, Hannover mit Oesterreich verbunden undeutsches Volk sei. König Georg hätte nicht vergessen sollen, daß seine Wiege in Berlin, in der Wilhelmstraße stand, nicht vergessen sollen das Blut der Verwandtschaft; es werde die Zeit kommen, wo er dies einsehen werde. Der Redner empfiehlt schließlich die Annahme der Regierungsvorlage.

Graf zur Lippe vertheidigt sein Amendement. Dem Kriege sei durch einen völkerechtlichen Frieden noch kein Ende gemacht; es liege nur ein Surrogat eines Friedensschlusses vor: der König Georg dürfe nicht gestraft werden ohne richterliches Schörs, und er könne ein solches Eingreifen in das Privat-Eigentum des Königs Georg nicht für angemessen erachten. — Die Diskussion wird geschlossen und bei der Diskussion über die Fragestellung zieht Graf zur Lippe seinen Verbesserungsantrag zurück. (Gekräftigt.) Bei der darauf folgenden Abstimmung wird der Gesetzentwurf mit sehr großer Majorität angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Kurfürsten von Hessen. Auch hier empfiehlt die Kommission die unveränderte Annahme des Gesetzes in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung. Nachdem der Referent Herr v. Meising den Kommissionsbericht mit einigen Worten begründet, erklärt der Ministerpräsident Graf Bis marck: Meine Herren! Es ist in der Kommission geltend gemacht worden, daß weniger Beschwerden gegen den Kurfürsten von Hessen vorlägen, als gegen den König Georg. Ich würde dies für richtig halten, wenn es sich um eine Konfiskation und nicht um eine bloße Beschlagnahme handelte. Der Kurfürst hat sich losgelöst von dem Vertrage durch seine ausdrückliche Erklärung dem bekannten Manifest, das um thatsächliche Unterjochung der fremden Hölle bittet. Es ist diese Handlung des Kurfürsten eine Vertheiligung an der Agitation eines Theiles der Presse, welche den öffentlichen Frieden zu stören sucht. Dieses Treiben ist durchaus nicht ungefährlich; es ist ein verbrecherisches Unternehmen, zwei große Nationen, die kein Interesse daran haben, sich zu bekämpfen, in einen Krieg hineinzubringen. Sie begegnen in dieser Presse der Klüge, daß Preußen seine Vergrößerung zu einem Vorgehen gegen Frankreich benützen wolle. Sie lesen Klagen, wie den Zusammentritt eines Familien-Conseils des preussischen Königshauses, von Aufgehorenen in Romaniens u. s. w. Die lägenartigen Nachrichten gewinnen durch die Telegraphie eine größere Bedeutung. Es wird bald dahin kommen, daß man sagt: Er läßt wie gedruckt, sagt: Er läßt wie telegraphirt. (Gekräftigt.) So wird die öffentliche Meinung in Frankreich und Deutschland bearbeitet, und es ist an der Zeit, dieser lägenhaften Thätigkeit die Mittel abzuschneiden, damit nicht Zeitungen unterdrückt werden können, welche für Deutschlands Welt zum Kriege gegen Deutschland reizen. Wir ist in der Presse vielfach der Vorwurf gemacht worden, daß ich über solche Dinge die sonst gewohnte diplomatische Ruhe verliere. Meine Herren, wer über solche Niederträchtigkeiten nicht in Zorn geräth, der hat eben ein anders organisiert Nationalgefühl als ich. (Beifall.) — Nachdem Freiherr v. Kiedersel einige Worte gegen die Vorlage gesprochen, wird dieselbe mit sehr großer Majorität angenommen.

Israelitischer Kongress.

Pest, 4. Februar.

In der heutigen Sitzung kam es nun zu neuem Stande. Von der Linken waren nur 18 Mitglieder anwesend. In ihrem Namen sprach Oberrabbiner Hildesheim im geben das Majoritäts-Elaborat — er verlangte volle Gewissensfreiheit für beide Theile; wo man die Vergangenheit und die Zukunft einer religiösen Richtung verzeihen wolle, da könne von einer Gegenwart nicht die Rede sein. Redner vertritt an mehreren Stellen die Ansichten des Oberrabbiners Steinhardt über das Elaborat, und wiederlegt und wendet sich vor Allem gegen die Ansicht, als ob man den Schulgan-Aruch zu nichts weiter brauche, als zur Frage der Synagogen, welche ja eine der unwissenschaftlichsten sei, — als zur Frage, ob Orgel oder Nicht-Orgel. Man brauche im vorliegenden Falle den Schulgan-Aruch direkt gegen den zweiten Paragraph des Elaborats, denn es sei ein Unterschied zwischen einem Kaufbald und einem Kaufbald und einem Schächter und einem Schächter.

Do meißter (Rechte) spricht für das Majoritätselaborat, Philipp Schlegelinger (Linke) in sehr energischer Weise gegen dasselbe. Es sei nicht wahr, daß die Juden in Ungarn und Siebenbürgen die mosaisch-rabbinischen Gesetze befolgen, ein Gang durch die Straßen am Sabbath beweise das Gegenteil. Er widerlegt die Behauptung, welche sich an die Beibehaltung des Schulgan-Aruch knüpfen, und schließt, indem er versichert, daß keine Macht der Erde ihn und seine Partei davon abbringen könne, die jüdische Religion den Nachkommen so genau und unverfälscht zu überliefern, wie sie uns von den Vorfahren überliefert wurde.

Leo Holländer versichert, daß Niemand von der Fortschrittspartei daran gedachte, in den religiösen Sagen eine Ummünzung herbeizuführen. Man habe hierauf das Wort „Gewissenszwang“ mit Agilität aufgegriffen. Dieser Gewissenszwang bestehe aber eigentlich nicht, wie er auch früher nicht bestanden.

Redner findet, daß die im Kongresse bestehenden Bemühen eine politische Grundlage haben, und weist auf die Bemühungen der einzelnen Comiten hin. Sind denn unsere Rabbinen wirklich nicht die Herren der Religion allein zu beschließen? oder haben denn die Herren keinen wirklich die Herrschaft zu glauben? Bei dem Worte „Arroganz“ bringen die Anhänger der Linken erregt von den Stühlen. „Das ist eine Frechheit!“ Das ist eine Widerträchtigkeit! „Das lassen wir uns nicht gefallen!“ laut es durch den Saal. Die Orthodoxen flüchten in großer Erregung nach der Thüre und schieden sich an, sämmtlich den Saal zu verlassen. Mit großer Mühe gelang es einzelnen unter ihnen, dieselben endlich zu beschwichtigen und dahin zu veranlassen, daß sie den Präsidenten vernahmen.

Pest, 5. Februar.

Bei Eröffnung der heutigen öffentlichen Sitzung zeigte sich die Präsenz der Linken nahezu vollständig leer. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Generaldebatte über den Majoritätsentwurf, betreffend die Gemeindeorganisation. Es nicht weniger als 23 Redner vorgemerket. Es sprechen die Rabbiner Morgenstern und Weisze, die der Präsident wiederholt ermahnt, nicht das religiöse Gebiet zu betreten. Unter Anderem nennt Morgenstern die Stellung der Rabbinen in den Gemeinden eine unwürdige. Es wird hierauf eine von 38 Anhängern der Linken geleitete Erklärung verlesen, welche sich darüber beschwert, daß die religiösen Dogmen nicht dem Schulgan-

Aruch gemäß in Ausdrücken geäußert werden, die die Unvollständigkeit veranlassen, zu erst theilnehmen können. Präsidenten rechtfertigt erliche Entstellung der gezeigten, daß sie ein kongresses theilgen wurde. Einen scharfsinnigen Leo Pol, daß die Linke sich nicht fähig; er hätte, wünscht werde, a. Die gezeigten Linen rüsten ein zeigen und ihren abhängig machen Präsidenten gegenzunehmen. Worauf ihnen vor-

Herr v. Senffter-Pilsch erinnert zunächst an das Haus Wisa, in Betreff dessen es einem Menschen eingefallen wäre, für ein anhängiges Unterkommen zu sorgen, geht dann auf die hannoversche Politik über und führt aus, daß Preußen mit Oesterreich verbunden deutsches Volk, Hannover mit Oesterreich verbunden undeutsches Volk sei. König Georg hätte nicht vergessen sollen, daß seine Wiege in Berlin, in der Wilhelmstraße stand, nicht vergessen sollen das Blut der Verwandtschaft; es werde die Zeit kommen, wo er dies einsehen werde. Der Redner empfiehlt schließlich die Annahme der Regierungsvorlage.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Kurfürsten von Hessen. Auch hier empfiehlt die Kommission die unveränderte Annahme des Gesetzes in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung. Nachdem der Referent Herr v. Meising den Kommissionsbericht mit einigen Worten begründet, erklärt der Ministerpräsident Graf Bis marck: Meine Herren! Es ist in der Kommission geltend gemacht worden, daß weniger Beschwerden gegen den Kurfürsten von Hessen vorlägen, als gegen den König Georg. Ich würde dies für richtig halten, wenn es sich um eine Konfiskation und nicht um eine bloße Beschlagnahme handelte. Der Kurfürst hat sich losgelöst von dem Vertrage durch seine ausdrückliche Erklärung dem bekannten Manifest, das um thatsächliche Unterjochung der fremden Hölle bittet. Es ist diese Handlung des Kurfürsten eine Vertheiligung an der Agitation eines Theiles der Presse, welche den öffentlichen Frieden zu stören sucht. Dieses Treiben ist durchaus nicht ungefährlich; es ist ein verbrecherisches Unternehmen, zwei große Nationen, die kein Interesse daran haben, sich zu bekämpfen, in einen Krieg hineinzubringen. Sie begegnen in dieser Presse der Klüge, daß Preußen seine Vergrößerung zu einem Vorgehen gegen Frankreich benützen wolle. Sie lesen Klagen, wie den Zusammentritt eines Familien-Conseils des preussischen Königshauses, von Aufgehorenen in Romaniens u. s. w. Die lägenartigen Nachrichten gewinnen durch die Telegraphie eine größere Bedeutung. Es wird bald dahin kommen, daß man sagt: Er läßt wie gedruckt, sagt: Er läßt wie telegraphirt. (Gekräftigt.) So wird die öffentliche Meinung in Frankreich und Deutschland bearbeitet, und es ist an der Zeit, dieser lägenhaften Thätigkeit die Mittel abzuschneiden, damit nicht Zeitungen unterdrückt werden können, welche für Deutschlands Welt zum Kriege gegen Deutschland reizen. Wir ist in der Presse vielfach der Vorwurf gemacht worden, daß ich über solche Dinge die sonst gewohnte diplomatische Ruhe verliere. Meine Herren, wer über solche Niederträchtigkeiten nicht in Zorn geräth, der hat eben ein anders organisiert Nationalgefühl als ich. (Beifall.) — Nachdem Freiherr v. Kiedersel einige Worte gegen die Vorlage gesprochen, wird dieselbe mit sehr großer Majorität angenommen.

Israelitischer Kongress. Pest, 4. Februar. In der heutigen Sitzung kam es nun zu neuem Stande. Von der Linken waren nur 18 Mitglieder anwesend. In ihrem Namen sprach Oberrabbiner Hildesheim im geben das Majoritäts-Elaborat — er verlangte volle Gewissensfreiheit für beide Theile; wo man die Vergangenheit und die Zukunft einer religiösen Richtung verzeihen wolle, da könne von einer Gegenwart nicht die Rede sein. Redner vertritt an mehreren Stellen die Ansichten des Oberrabbiners Steinhardt über das Elaborat, und wiederlegt und wendet sich vor Allem gegen die Ansicht, als ob man den Schulgan-Aruch zu nichts weiter brauche, als zur Frage der Synagogen, welche ja eine der unwissenschaftlichsten sei, — als zur Frage, ob Orgel oder Nicht-Orgel. Man brauche im vorliegenden Falle den Schulgan-Aruch direkt gegen den zweiten Paragraph des Elaborats, denn es sei ein Unterschied zwischen einem Kaufbald und einem Kaufbald und einem Schächter und einem Schächter. Do meißter (Rechte) spricht für das Majoritätselaborat, Philipp Schlegelinger (Linke) in sehr energischer Weise gegen dasselbe. Es sei nicht wahr, daß die Juden in Ungarn und Siebenbürgen die mosaisch-rabbinischen Gesetze befolgen, ein Gang durch die Straßen am Sabbath beweise das Gegenteil. Er widerlegt die Behauptung, welche sich an die Beibehaltung des Schulgan-Aruch knüpfen, und schließt, indem er versichert, daß keine Macht der Erde ihn und seine Partei davon abbringen könne, die jüdische Religion den Nachkommen so genau und unverfälscht zu überliefern, wie sie uns von den Vorfahren überliefert wurde. Leo Holländer versichert, daß Niemand von der Fortschrittspartei daran gedachte, in den religiösen Sagen eine Ummünzung herbeizuführen. Man habe hierauf das Wort „Gewissenszwang“ mit Agilität aufgegriffen. Dieser Gewissenszwang bestehe aber eigentlich nicht, wie er auch früher nicht bestanden. Redner findet, daß die im Kongresse bestehenden Bemühen eine politische Grundlage haben, und weist auf die Bemühungen der einzelnen Comiten hin. Sind denn unsere Rabbinen wirklich nicht die Herren der Religion allein zu beschließen? oder haben denn die Herren keinen wirklich die Herrschaft zu glauben? Bei dem Worte „Arroganz“ bringen die Anhänger der Linken erregt von den Stühlen. „Das ist eine Frechheit!“ Das ist eine Widerträchtigkeit! „Das lassen wir uns nicht gefallen!“ laut es durch den Saal. Die Orthodoxen flüchten in großer Erregung nach der Thüre und schieden sich an, sämmtlich den Saal zu verlassen. Mit großer Mühe gelang es einzelnen unter ihnen, dieselben endlich zu beschwichtigen und dahin zu veranlassen, daß sie den Präsidenten vernahmen. Pest, 5. Februar. Bei Eröffnung der heutigen öffentlichen Sitzung zeigte sich die Präsenz der Linken nahezu vollständig leer. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Generaldebatte über den Majoritätsentwurf, betreffend die Gemeindeorganisation. Es nicht weniger als 23 Redner vorgemerket. Es sprechen die Rabbiner Morgenstern und Weisze, die der Präsident wiederholt ermahnt, nicht das religiöse Gebiet zu betreten. Unter Anderem nennt Morgenstern die Stellung der Rabbinen in den Gemeinden eine unwürdige. Es wird hierauf eine von 38 Anhängern der Linken geleitete Erklärung verlesen, welche sich darüber beschwert, daß die religiösen Dogmen nicht dem Schulgan-

Die Wiederkehr ähnlicher Konflikte. Georg früher sehr oft gelagt, daß...

Amendement. Dem Kriege sei kein Ende gemacht; es liege nur...

zu neuem Stande. Von der linken Seite...

Kongress.

West, 4. Februar. Von der linken Seite...

West, 16. Februar. Die Regalien, welche den Reichstag...

West, 16. Februar. Im Somogyer Comitete sind die Wähler...

West, 16. Februar. Die Abtretung eines türkischen Hafens...

West, 16. Februar. In der heutigen Reichsrathssitzung...

West, 16. Februar. An der Debatte beteiligten sich Dürkheim, Groß, Pratoberer...

West, 17. Februar. (Reichs-) Finanzministerium und Nationalbank...

„Auch gemäß im Majoritätsentwurfe berücksichtigt erscheinen, daß ferner im Kongresse...

Präsident bemerkt, daß der erste Wunsch durch die Geschäftsordnung ungerichtet...

Der Holländer nimmt Veranlassung, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß die Linke...

Die gestern in Folge der Holländischen Rede ausgetretenen 28 Männer...

Präsident läßt die Herren ersuchen, einzutreten, um die Antwort selbst entgegenzunehmen...

Inland.

Hermannstadt, 19. Februar. Die Steuer-Enquete-Kommission hat nach Abhaltung von zwei Sitzungen...

Im Zusammenhang mit dem hier mitgetheilten Ergebnisse können wir nicht umhin...

In Klausenburg wird das Gerücht ausgebreitet, Superintendent Peter Nagy, der gewesene zweite Deputirte...

Als einen Beweis, wie sehr die Linke in Siebenbürgen um Männer verlegen sei...

West, 15. Februar. Michael Horvath wird Mittwoch mit dem Peter Fröhlich...

West, 16. Februar. Der „Pester Lloyd“ schreibt: Ueber den Zweck der Reise...

West, 16. Februar. Die Regalien, welche den Reichstag für den 20. April einberufen...

West, 16. Februar. Im Somogyer Comitete sind die Wählerversammlungen...

West, 16. Februar. Im Prozesse Karageorgiwicz wurde heute das Verhör...

Agram, 16. Februar. Die Ankunft des Königspaares erfolgt neuesten Anordnungen...

West, 16. Februar. Die Abtretung eines türkischen Hafens wurde von Montenegro...

West, 16. Februar. In der heutigen Reichsrathssitzung interpellirt Kubissa...

West, 16. Februar. An der Debatte beteiligten sich Dürkheim, Groß, Pratoberer...

West, 17. Februar. (Reichs-) Finanzministerium und Nationalbank...

gleiten. Auf unsere Erkundigung erfahren wir, daß der Bank selbst nicht das Geringste...

Paris, 16. Februar. Das „Journal officiel“ sagt: Die Journale sprechen von einer russischen Circularnote...

Paris, 16. Februar. Der „Public“ sagt, es gebe keine belgische Frage, wohl aber...

Madrid, 15. Februar. Die „Correspondencia“ meldet, daß der Befehl erging...

Madrid, 15. Februar. Der „Imparcial“ meldet: In Valladolid fand gestern eine Kundgebung...

Madrid, 16. Februar. Die „Correspondencia“ schreibt: Die parlamentarischen Kreise...

London, 16. Februar. Das Parlament wurde heute, 2 Uhr Nachmittags...

Ich wende mich an Ihren Bericht, so früh als mir irgend möglich es die durch den Rücktritt...

Ich bin in der Lage, Sie zu benachrichtigen, daß die Beziehungen zu allen fremden Mächten...

Ich habe mit Bedauern vernommen, daß Aufhebungen in Neuseeland vorgefallen...

Konstantinopel, 16. Februar. Diner Fawzi Pascha wurde zum Gouverneur von Candien...

Bukarest, 6. Februar. Es ist dem Bemühen Brattiano's gelungen, den Fürsten...

Osman Pascha in Rustschuk trifft energische Maßregeln, um die Population zu beruhigen...

Bukarest, 7. Februar. Brattiano ist thätiger denn je. Waffnen welche für das...

Telegr. Wiener Cours vom 19. Februar 1868.

Table with 2 columns: Instrument (e.g., Einbeittliche Staatsschuld), Price (e.g., 62).

Table with 2 columns: Instrument (e.g., Cour de Siebenbürgen), Price (e.g., 75).

Paris mit Oesterreich eine Allianz geschlossen hat, welcher Rumänien, Serbien...

Rio Janeiro, 14. Februar. Eine Abtheilung der brasilianischen Heeres besiegte...

Hongkong, 25. Januar. Bei Swatow fand ein Zusammenstoß zwischen Eingeborenen...

Paris, 16. Februar. Das „Journal officiel“ sagt: Die Journale sprechen von einer russischen Circularnote...

Paris, 16. Februar. Der „Public“ sagt, es gebe keine belgische Frage, wohl aber...

Madrid, 15. Februar. Die „Correspondencia“ meldet, daß der Befehl erging...

Madrid, 15. Februar. Der „Imparcial“ meldet: In Valladolid fand gestern eine Kundgebung...

Madrid, 16. Februar. Die „Correspondencia“ schreibt: Die parlamentarischen Kreise...

London, 16. Februar. Das Parlament wurde heute, 2 Uhr Nachmittags...

Ich wende mich an Ihren Bericht, so früh als mir irgend möglich es die durch den Rücktritt...

Ich bin in der Lage, Sie zu benachrichtigen, daß die Beziehungen zu allen fremden Mächten...

Ich habe mit Bedauern vernommen, daß Aufhebungen in Neuseeland vorgefallen...

Konstantinopel, 16. Februar. Diner Fawzi Pascha wurde zum Gouverneur von Candien...

Bukarest, 6. Februar. Es ist dem Bemühen Brattiano's gelungen, den Fürsten...

Osman Pascha in Rustschuk trifft energische Maßregeln, um die Population zu beruhigen...

Bukarest, 7. Februar. Brattiano ist thätiger denn je. Waffnen welche für das...

Telegr. Wiener Cours vom 19. Februar 1868.

Table with 2 columns: Instrument (e.g., Einbeittliche Staatsschuld), Price (e.g., 62).

Table with 2 columns: Instrument (e.g., Cour de Siebenbürgen), Price (e.g., 75).

Die auf den 15. Februar d. J. nach Klausenburg einberufene Generalversammlung...

Der Leisecerein in Maros-Ludask hat Franz Desz, Grafen Julius Andrássy...

Die auf den 15. Februar d. J. nach Klausenburg einberufene Generalversammlung...

Der Leisecerein in Maros-Ludask hat Franz Desz, Grafen Julius Andrássy...

Die auf den 15. Februar d. J. nach Klausenburg einberufene Generalversammlung...

Der Leisecerein in Maros-Ludask hat Franz Desz, Grafen Julius Andrássy...

Die auf den 15. Februar d. J. nach Klausenburg einberufene Generalversammlung...

Der Leisecerein in Maros-Ludask hat Franz Desz, Grafen Julius Andrássy...

Nachrichten- und Intelligenzblatt.

Erledigungen.

Sz. 420187 1869. 1-3
Pályázat.

Ezen magy. kir. pénzügyigazgatóság kebelében egy XII. díjkazatú 400 forintos évi fizetéssel és 40 forintos lakpénzrel ellátott irodai segéd-tiszt állomás meg üresedésén, ennek betöltésére négy héti határidővel pályázat hirdették ki.
A pályázók a vezető pénzügyi hatóságoknál kellő irodai és kezelési szolgálatban való képességet és a hivatalos nyelvből jártasságot tartoznak tanúsítani az ezen magyar kir. pénzügyigazgatóságnál a fennevezett határidő alatt benyújtandó pályaműveikkel.

Nagy-Szeben. 1869 Február 8-án.
A magy. kir. pénzügy-igazgatóságtól.

Sr. 4253 498 1869. 1-3
Pályázat.

A nagy-szebeni magy. kir. egyesített adó- és vámhivatalnál megüresült VIII. rang fokozatú pénztárnoki állomásra évi 1400 frt. fizetés és 140 frt. lakpénz illetményvel; vagy esetleg ellenőri állomásra 1200 frt. fizetés és 120 frt. lakpénzrel, esetleg egy 1000 frt., 900 frt., 800 frt., 700 frt., 600 frt., 500 frt. fizetéssel járó tiszti állomásra, az illető fizetések 2/3 ával feléről tiszti biztosíték letételének kötelezettségével.

Ezen vagy az előleptetés esetében helybe üresült állomásokra oly megjelölés nélkül nyitott pályázat, miszerint pályázók a hivatalos nyelvből teljes jártasságukat, továbbá a számviteli, pénztárkezelési adó és vám szakmákban képzettségüket igazoló bizonyítványokkal felszerelt kérvényüket ezen pályázat kihirdetése után négy hét alatt az alolirt magy. kir. pénzügyigazgatósághoz benyújtják.
Nagy-Szeben. 1869 Február 11-én.
A magy. kir. pénzügy-igazgatóságtól

Concurs.

Zur Besetzung der zweiten Medaillen Stadt-Prädigerstelle A. B. wird hiermit der Concurs bis zum 10. März l. J., mit dem Beifügen eröffnet, daß im Falle sich keine academischen Candidaten melden, auch nicht-academische Berücksichtigung finden werden. Waars Gehalt 600 fl. 5. W., außerdem noch Naturalquartier und 3 Klaffen Brennholz.
Medaich, am 14. Februar 1869.
Das evang. Presbyterium A. B.

Kundmachungen.

M. 3. 1225 1869. 3-3
Bekanntmachung.

Zu Folge Auftrages des hohen k. ung. Ministeriums für Handel und Gewerbe vom 28. November v. J. 3. 19223/1868 sind die Wahlen von Handelskammermitgliedern für die neu einzurichtende Handelskammer in Kronstadt einzuleiten und vor allen Dingen die zu diesem Zwecke verfaßten Wählerlisten der Handels- und Gewerbetreibenden der Stadt Hermannstadt, dann des Hermannstädter und Geschichtlicher Stabes zu beichtigen; zu diesem Zwecke werden die Listen vom 22. Februar bis 1. März v. J. auf dem städtischen Rathhause in der Quartieramtstanz täglich von 9 bis 12 und von 3 bis 6 Uhr zu Jedermanns Einsicht aufzulegen und werden Reclamationen gegen dieselben von der gefertigten Commission entgegengenommen und entschieden.
Hermannstadt, am 11. Februar 1869.
Die Wahl-Commission.

3. 287. 1-1
Kundmachung.

In dem Orte Nagy-Borosnyó des Haromszéker Stabes ist ein königl. ung. Postamt errichtet worden, welches vom 1. März l. J. in Wirklichkeit treten wird.
Dasselbe wird sich mit der Aufnahme und Bestellung der Brief- und Fahrpost-Sendungen, letztere jedoch mit der Beibringung des höchsten Einzel-Gewichtes von 10 Pfund befassen und durch wöchentlich 4-malige Postfahrten mit Kovászna und S. Sz. György, welche in beiden Richtungen jeden Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag verkehren werden, seine Verbindung erhalten.
Diesem Postamte sind die nachbenannten Gemeinden zugewiesen: Nagy- und Kis-Borosnyó, Szacsva, Magyaros, Réty, Bita, Várhegy, Lécalva, Felek, Cöfalva, Fel-Doboly, Zagon, Egerpatok, Nagy-Patak, Kis-Patak, Szita-Bodza, Bodza-Forduló (lető) und Kraszna.
Hermannstadt, am 5. Februar 1869.
Von der königl. ung. Post-Direction für Siebenbürgen.

Vicitation.

Vicitations-Kundmachung. 2-3
Von Seite der f. Dévaer Herrschafts-Pachtung

werden im Wege der Meistbietung folgende Pachtungen hinausgegeben:

1. Das Schanckregale von 18 Gemeinden, dem Roskanyer Spanat gehörend, und zwar: vom 1. April 1869 auf drei nacheinander folgende Jahre; die Pachtungen ist am 1. März l. J., um 10 Uhr Vormittag, in der Herrschaftstanzlei zu Déva;
2. mehrere Gemäke am Dévaer Platz und mehrere Wohngebäude vom 1. Mai 1869 auf drei nacheinander folgende Jahre; die Ausschreibung ist am 15. März l. J., ebenfalls in der Herrschaftstanzlei zu Déva um 9 Uhr Vormittag;
3. in der Stadt Déva 7 Wirtschaftshäuser mit Schanckregale, ferner auf dem Plage der Brantwein-Kaufhaus, im Dévaer Patert das sogenannte Zesp-Wirtschaftshaus, so auch das Földvárer und Herpeper Schanckregale vom 1. Mai 1869 auf drei nacheinander folgende Jahre am 16. März l. J., um 9 Uhr Vormittag, in der Dévaer Herrschaftstanzlei den Meistbietenden hinausgegeben.

Das Barium ist 10 % vom Auktionspreis. Vorschlagsmäßige Offerte werden auch acceptirt. Die Bedingungen sind täglich in der Herrschaftstanzlei zu Déva ersichtlich.
Déva, am 11. Februar 1869.

Die Dévaer f. Herrschafts-Pachtung.

Aemtlche Verantbarungen.

Rundmachungen.
Angebot Déva, auf der Straße gegen Temesvár, wurde im Februar 1867 durch Jemanden eine Briefstube mit 51 fl. Gehälten. Ein Theil dieses Fundes befindet sich beim Magistrats-Gerichte in Hermannstadt und kann sich der Veräußerung wegen in Empfangnahme melden.
In der Comitatstanz zu A. Enghed ist der Erlös für eine im December v. J. verrentlos aufgesehene, 5 Jahre alte braune, 13 Faust hohe Stutte hinterlegt und kann dajelbst vom Eigentümer begeben werden.

Vicitationen.
Am 16. März und 2. April 1869 die Pachtungen des Ludwig Bösig in Hermannstadt.
Am 25. Februar 1869 die Realitäten des Mandel Mikály in Klausenburg.
Am 5. April und 5. Mai 1869 die Realitäten des Albert József in Klausenburg.
Am 27. März und 27. April 1869 Pachtungen des Mikály János in S. St. György.
Am 12. April und 20. Mai 1869 die Realität des Urgua Mátos in Klausenburg.
Am 15. März 1869 beim Salzamt in Eberda Minnende-Vicitation wegen Ban einer Schmiedewerkstätte.
Am 27. Februar und 31. März 1869 die Realität aus dem Nachlasse des Hede István in R. Várhegy.

Verständigungen.
Vom Districts-Gerichte Kronstadt Stefan Schuller jun., daß Jhon Spodberta gegen ihn eine Wechselstube eingebracht und man zu seinem Vertreter Adv. Mayer ernannt habe.
Vom Districts-Gerichte Groß-Schenk Andreas Schuller aus Scharasch, daß Karoly Schmidt aus Fogarasz gegen ihn eine Forderung eingeleitet und man zu seinem Vertreter Adv. Krennert ernannt habe.
Vom Comitats-Gerichte Klausenburg die Interessenten auf die Magyarschecker Güter des Baron Remény János, daß demselben für diese Güter die Urbaurial-Entschädigung zugewiesen wurde und daß Ansprüche bis 31. März 1869 geltend zu machen seien.

Curatel.
Fogarasz István aus Halmagy wurde wegen Schwachsinns unter Curatel gesetzt. Curator Dobos József.
Anforderungen.
Vom Districts-Gerichte Kronstadt die Erben auf den Nachlass von 10,000 fl. W. des Demeter S. Kuffel zur Geltendmachung ihrer Erbansprüche binnen einem Jahre. Curator Adv. Puscarin.

Vom städtischen Gerichte in Klausenburg Beres Alajos, daß dessen Gattin gegen ihn eine Scheidungseile eingebracht habe und die Tagelohnung hierüber auf den 23. März 1869 bestimmt sei. Vertreter Adv. Dobal.

Concursverfahren.
Vom Districts-Gerichte in Bistritz Eröffnung des Concurs über das Vermögen des Albert Textoris in Bistritz. Anmeldungen bis 21. April 1869. Vertreter Adv. Küllent.
Das gegen die Eheleute Andreas und Maria Szeg in Hermannstadt eingeleitet gewesene Concursverfahren wird für beendet erklärt.

Amortisation
die Verpflanzungs-Acte, Heft 151, Pag. 115, des Javalischen Regi. Mikály.

Firma-Protokollungen.
In Schäßburg wurde statt der bisherigen Firma: „Georg Meier“ die Firma: „Stein & Meier“ gemischte Waarenhandlung, protocollirt.
In Hermannstadt wurde die bisherige Firma: „J. Georg Geitel & Sohn“ gelöst und dagegen die Firma: „J. G. Geitel“ protocollirt.
In M. Pusos: „Szabó Sándor“, gemischte Waarenhandlung.
In Klausenburg: „Kattaro Márton“, Schnitt- und Modewaarenhandlung.

Fremden-Liste.
Angelommen am 19. Februar.
Ungarische Krone.

Natáli Natony, Einwandbändler, von Ofen. Mar. Dietl, Ludwig Pufas, Einwandbändler, von Pest. Graf Haller, Gutsherr, von Weichsberg. Emil Fejös, Glasfabricant, von Ober-Kra. Josef Bauer, Steueramtsdiener, von A. Enghed. Josef Hofbauer, Geschäftsmann, von M. Botta.
Hotel Bukarest.
Kispál Sándor, Privatier, von Szeferalva. J. Csarany, Handelsreisender, von Rimnik-Valcea. Friedrich Kooz, Gerichtssecretär, von Mikály.

Salon-Gaz,

wasserhell, unentzündlich, à 16 Fr. in der Niederlage der Paraffin-Fabrik, kleiner Ring, Baron v. Rosenfeld'sches Haus. 1-1



Aviso! für Biertrinker!

Morgen Sonnabend den 20. dieses, beginnt der Auktionsverkauf für das Frühjahr gebräutes Märzgerbtes, vorläufig bei Carl Lämle und im Gerlitz'schen Garten.
Die Qualität und Feinheit dieses Bieres dürfte dem Steinbrucher nichts nachgeben und ist doch bedeutend billiger.
Hermannstadt, am 19. Februar 1869.
Orlather Bräuhaus-Gesellschaft.

Hermannstädter Consumverein.

Die P. T. Mitglieder des Hermannstädter Consum-Vereins werden höflich eingeladen, zu dem Sonntag den 29. Februar l. J. im Communitäts-Sitzungs-Saale des Rathhauses um 10 Uhr Vormittags stattfindenden diesjährigen ordentlichen General-Versammlung sich zahlreich einzufinden zu wollen.

Verhandlungsgegenstände:
1. Rechenschaftsbericht.
2. Neuwahl von 4 statutgemäß ausgeschiedenen Verwaltungsräten und Ergänzung der Zahl der Ersatzmänner durch 3 neue Mitglieder.
3. Statuten-Revision, u. z. §. 17 lit. b und d, §. 30 und §. 37, Absatz 3.
4. Currentia.
Hermannstadt, am 19. Februar 1869. 1-3

1864^{er} Promessen, 200,000 fl. Haupttreffer, Ziehung am 1. März 1869, à 3 fl. 50 fr. jamm Stempel, bei Abnahme von 10 Stück 1 gratis, zu haben in der Wechselstube des P. J. Kabdebo in Hermannstadt. 2-3

VERDAUUNGS PASTILLEN

von Burin du Buisson, Apotheker erster Classe der Academie der Wissenschaften in Paris.
Diese Pastillen bilden das neueste und rationelle Mittel zur Bekämpfung aller Störungen in den Verdauungsorganen. Dieselben enthalten in der That die Wirkstoffe, eines der wichtigsten Verdauungsmittel, verbunden mit calcinirtem Magnesia, deren Wirkungen von allen Aerzten anerkannt werden, und Soda, jenem Salze, welches den Hauptbestandtheil der Karlsbader, Emser, sowie der meisten alkalischen Mineralbrunnen bilden. Das Zusammenwirken dieser drei Substanzen erklärt den Erfolg dieser Pastillen in allen Fällen von gastrischem Fieber, Magenkrampf, Blähungen, Erbrechen nach eingenommener Nahrung, Verdauungslosigkeit und sonstigen Magenleiden.
Hauptdepot für Bestellungen in gross bei J. v. Türk, Apotheker in Pest. Niederlagen in Hermannstadt bei J. B. Misselbacher & Söhne, in Schäßburg bei J. B. Teutsch. 1

Diejenigen,

welche den Verkauf von gesetzlich gestempelten Antheilscheinen, auf alle Ziehungen gültig, des k. k. österreichischen Staats-Anlehens vom Jahre 1864 übernehmen wollen, werden durch dieselben bei einiger Thätigkeit lobnendes Einkommen haben, belieben sich unter Chiffre: S. B. 445 an Haasenstein & Vogler, Wien, Wollzeile 9, zu wenden. 4-9

K. k. priv. Wiener Handelsbank

für den Producten- und Waarenverkehr in Wien (Krenngasse No. 12)

Lagerhaus- und Entrepôt-Eröffnung.

Die Wiener Handelsbank eröffnet am 15. d. M. ihre Waarenhäuser und Entrepôts (Veepelstadt, am Schüttel No. 13) und übernimmt von diesem Tage

in- und ausländische Waaren, verzollt und unverzollt, versteuert und unversteuert (transito) zur Einlagerung, Belehnung und zum Verkaufe.

Die Wiener Handelsbank ist vermöge ihrer Organisation **Bank-, Expeditions- und Commissions-Haus** zugleich und hat das Recht, ausländische Waaren, transito wie das Haupt-Bellamt, einzulagern.
Sendungen welche man adressiren an die **Wiener Handelsbank (Entrepôt), Wien.**
Reglements und Tarife werden auf Verlangen vom Bureau der Wiener Handelsbank (Krenngasse No. 12) franco zugesendet.
Wien, am 12. Februar 1869.

K. k. priv. Wiener Handelsbank

für den Producten- und Waarenverkehr.
Leop. Bachmayr. v. Lindheim.

Handwritten signature or note.